

AMNESTY INTERNATIONAL

PRESSEERKLÄRUNG

4. Dezember 2018

Der Iran begeht Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch Verschweigen des Schicksals von tausenden hingerichteten Oppositionellen!

1988 verschwanden Tausende und wurden ohne Gerichtsverfahren im Gefängnis hingerichtet.

Andauernde Lügen, Verfälschungen der Wahrheit und Misshandlung der Familien der Opfer.

Die UN muss eine unabhängige Untersuchung dieser unmenschlichen Taten durchführen.

Hochgestellte Persönlichkeiten, die in die Gefängnis Massaker von 1988 verwickelt waren, sind namentlich bekannt.

Durch das Verschweigen des Schicksals tausender politischer Oppositioneller, die vor 30 Jahren verschwanden und im Gefängnis hingerichtet wurden, begehen iranische Behörden weiterhin Verbrechen an der Menschlichkeit, sagte Amnesty International in einem heute veröffentlichten Bericht.

Mit der Überschrift **Blutgetränkte Geheimnisse: Warum der Iran fortführt, Taten gegen die Menschlichkeit zu begehen** wendet sich der Bericht an die Vereinten Nationen und fordert eine unabhängige Untersuchung des Schicksals der 1988 Verschwundenen und ohne Gerichtsurteil Hingerichteten. Das alles blieb 30 Jahre lang ungesühnt.

„Diese blutgetränkten Geheimnisse aus der Vergangenheit verfolgen das Land bis zum heutigen Tag. Der Bericht enträtselt ein Netz von Lügen und Verdrehungen, das die iranischen Behörden 30 Jahre lang aufrecht erhielten. Zuhause und international verbargen sie die Wahrheit über das Verschwinden und die systematischen Hinrichtungen von Tausenden innerhalb von Wochen zwischen Ende Juli und Anfang September 1988,“ sagte Philip Luther, Abteilungsleiter für den Nahen Osten und Nordafrika von Amnesty International. „Die Tatsache, dass bis heute die iranischen Behörden die Massentötungen leugnen und den Verwandten keine Auskunft geben und ihnen auch die Umstände der Tötungen verschweigen, besagt, dass auch heute noch im Iran Menschen verschwinden. Das alles hat großes Leid über die Familien der Verschwundenen gebracht. Wenn die iranischen Behörden nicht das Schicksal der Opfer offenlegen, bleibt die Humanität schwer beschädigt.“

30 Jahre lang wurde den Familien der Opfer das Recht auf Trauer und Beerdigung verweigert. Angehörige, die wagten, Wahrheit und Gerechtigkeit zu fordern, erfuhren schlimme Schikanen bis hin zu willkürlichen Verhaftungen, Folter und andere Misshandlungen. Weiteres Leid wurde durch Entweihung und Zerstörung von Massengräbern verursacht.

Verantwortliche für diese Taten gegen die Humanität wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Einige nehmen heute gute Positionen im Iran ein, so werden sie belohnt und bejubelt.

„Statt weiterhin grausame Angriffe gegen die Familien der Opfer zu führen, sollten die iranischen Behörden das Recht der Familien auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung anerkennen und die Körper der Opfer freigeben und identifizieren,“ sagte Philip Luther.

Der Bericht von Amnesty International beruht auf den Zeugenaussagen von hunderten Familien und Überlebenden und der Auswertung vieler Dokumente aus dem Archiv von AI und den Archiven anderer Menschenrechtsgruppen und Dokumenten der UN. AI wertete Namenslisten der Opfer aus und auch Totenscheine, die allerdings als Todesursache meist einen „natürlichen Tod“ angaben. AI legte die schockierende Zahl der Opfer offen und zeigte die im ganzen Land ausgeführten Hinrichtungen, an 32 Orten im Iran konnten diese Gräueltaten nachgewiesen werden.

AMNESTY INTERNATIONAL

Die Gefängnismassaker 1988

Im Bericht wird beschrieben, dass Ende Juli 1988 überall im Iran in den Gefängnissen eine Besuchssperre ohne Begründung erlassen wurde. In den Wochen darauf wurden mindestens 5000 politische Gefangene ohne Gerichtsverfahren hingerichtet. Man wollte sich so der Oppositionellen entledigen. Der Befehl kam in einer ‚Fatwa‘ des Obersten Führers Khomeini, nachdem die oppositionelle Gruppe der Volksmudjaheddin einen bewaffneten Angriff (auf eine Stadt im Südwesten des Iran) ausgeführt hatten. Man wählte Gefangene aus, verband ihnen die Augen und brachte sie vor ein Komitee mit Richtern, Staatsanwälten, Geheimdienstlern und Gefängnisbeamten. Diese ‚Todeskomitees‘ hatten keine Ähnlichkeit mit einem Gericht und sie waren äußerst willkürlich. Eine Berufung gegen das Urteil gab es nicht. Man fragte, ob sie ihre politische Ansichten zurücknahmen, ihre Gruppierung verlassen wollten. Sie sollten der Islamischen Republik Treue schwören. Einige wurden gefragt, ob sie zur Unterstützung der Armee durch ein Minenfeld gehen oder mit den Truppen kämpfen würden. Ihnen war nicht klar, dass ihre Antwort ein Todesurteil sein würde. Einige dachten, das Komitee würde sie begnadigen. Einige bemerkten erst, dass sie exekutiert würden, als man auf sie feuerte oder ihnen die Schlinge um den Hals gelegt wurde.

Die meisten der Opfer verbüßten eine Strafe, das Urteil lag oft Jahre zurück, andere hatten die Strafzeit schon überschritten und dachten, man ließe sie jetzt frei. Die meisten Gefangenen waren wegen ihrer politischen Ansichten und Tätigkeiten inhaftiert. Sie hatten an Demonstrationen teilgenommen oder Flugblätter verteilt. Meist waren sie aber Anhänger der Volksmudjaheddin (PMOI), Anhänger linker Gruppierungen oder von oppositionellen kurdischen Gruppierungen.

In die Tötungen verwickelte Schlüsselfiguren

Viele der Personen, die an den ‚Todeskomitees‘ teilgenommen haben, hatten wichtige Staatsposten und haben sie auch heute noch. Im Bericht von AI werden folgende Personen als Teilnehmer der Komitees genannt:

Alireza Avaei ist der jetzige Justizminister. Er war damals der Generalstaatsanwalt in Dezful in Khuzistan und in dem dortigen Komitee tätig.

Hossein Ali Nayyeri war als Scharia-Richter in Teheran tätig und ist heute Chef des Disziplingerichtes für Richter.

Ebrahim Raisi war 1988 Generalstaatsanwalt in Teheran und Teilnehmer an dem dortigen ‚Todeskomitee‘. Er nahm später wichtige Staatsämter ein, war 2017 Präsidentschaftskandidat und bis 2016 Generalstaatsanwalt des Landes.

Mostafa Pour Mohammadi war von 2013 bis 2017 Justizminister und nahm an dem Komitee als Vertreter des Geheimdienstes teil. 2016 ließ er verlauten, dass „...wir stolz sind, Gottes gebot gegen die PMOI durchgesetzt zu haben,“ und dass er sich wegen der damaligen Tötungen keine Gedanken mache.

Mohammad Hossein Ahmadi war in dem ‚Todeskomitee‘ in Khuzistan, ist heute Mitglied im Expertenrat, ein Organ, das noch über dem Obersten Führer steht.

Im August 2016 war auf einer Tonbandaufnahme von einem Treffen 1988 zu hören, dass hohe Beamte des Komitees in Teheran über ihre ‚Arbeit‘ diskutierten. Das erregte großes Aufsehen. In Antwort auf diese Reaktionen haben führende Personen der Regierung die Ereignisse von 1988 ‚gefeiert‘. Sie lobten die ‚Säuberungen‘ und meinten, die Verantwortliche hätten sich dabei Ehrenmedaillen verdient. Das kam nach fast drei Jahrzehnten Fehlinformation, in der die Anzahl der damaligen Tötungen heruntergespielt wurde, es habe sich lediglich um einige Terroristen gehandelt.

„Die groteske Verbiegung der Wahrheit über diese schrecklichen Taten, verbunden mit einem völligen Mangel eines schlechten Gewissens bei den Personen mit Blut an den Händen, zeigt eine krankhafte Einstellung. Alle an diesen Straftaten Beteiligten müssen ein Gerichtsverfahren erhalten mit einem gerechten Urteil ohne Rückgriff auf die Todesstrafe,“ sagte Philip Luther.

AMNESTY INTERNATIONAL

Notwendigkeit einer internationalen Reaktion

Die UN und die internationale Staatengemeinschaft haben die Familien und Überlebenden gröblich vernachlässigt. Diese Vernachlässigung der UN-Menschenrechtskommission und der Generalversammlung sich der Vorgänge von 1988 im Iran anzunehmen führte dazu, dass die iranischen Behörden weiterhin Lügen verbreiteten und die Familien der Opfer mit Folter und Misshandlung überzogen.

„Dieser schlimme Fehler der UN und der Staatengemeinschaft, Wahrheit und Gerechtigkeit einzufordern, hatte katastrophale Folgen. Das nicht nur für die Überlebenden und die Familien der Opfer, sondern auch für die allgemeine Lage der Menschenrechte in dem Land. Die Behörden des Iran dürfen sich nicht länger vor der Verantwortung für ihre Taten gegen die Menschlichkeit drücken,“ so Philip Luther. „Bei fehlender Aussicht auf Gerechtigkeit für die Opfer im Iran, ist es sehr entscheidend, dass die UN eine unabhängige, unparteiische und wirksame Untersuchung durchführen, um die Verantwortlichen für diese schrecklichen Taten vor Gericht zu stellen.“

(Werner Kohlhauer: Unautorisierte und leicht gekürzte Übertragung der Koordinationsgruppe Iran. Es gilt das englische Original.)